

Senatssitzung am 26.07.2022

Stellungnahme des Senats der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zu den Arbeitsbedingungen studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte

Der Senat beschließt folgenden Text zur Veröffentlichung und Weiterleitung an die zuständigen Stellen des Landes:

„Mit dieser Stellungnahme fordert der Senat der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg die gleichwertige Anerkennung und Wertschätzung für alle Beschäftigten der Universität Freiburg. Er appelliert an die Landesregierung, bestehende Schlechterstellungen in den Arbeitsbedingungen von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften im Vergleich zu ihren tarifbeschäftigten Kolleg*innen zu beseitigen.

Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte machen allein an der Universität Freiburg ca. ein Viertel des gesamten Personals und beinahe 40 Prozent des wissenschaftlichen Personals aus. Trotz ihrer tragenden Rolle sind sie vertraglich gegenüber ihren tarifbeschäftigten Kolleg*innen deutlich schlechter gestellt. Dies ist insbesondere mit Blick auf den Urlaubsanspruch, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und kurzzeitige Befristungen der Arbeitsverträge der Fall. Zudem bestehen Ungleichbehandlungen hinsichtlich der Vertretung und Mitwirkung des Personalrats. Darüber hinaus erschweren seit Jahrzehnten stagnierende und vom Land nicht inflationsangepasste Lehrstuhletats die grundsätzliche Möglichkeit, junge und angehende Nachwuchswissenschaftler*innen als studentische oder wissenschaftliche Hilfskraft zu beschäftigen.

Die gegebenen arbeitsvertraglichen Gestaltungsspielräume nutzt die Universität Freiburg zu Gunsten von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften bereits vollumfänglich aus. Dennoch bestehen weiterhin die angesprochenen Schlechterstellungen fort. Der Senat fordert daher die Landesregierung – auch als Vertreterin des Landes in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – auf, ihre Verantwortung für diese Beschäftigtengruppen wahrzunehmen und die Arbeitsbedingungen entsprechend anzupassen. Die Universität Freiburg lädt darüber hinaus alle anderen Hochschulen und Universitäten des Landes ein, gemeinsam für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten.“

(angenommen 23 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen)